

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Gemeinderäte David Ellensohn (GRÜNE) und DI Rudi Schicker (SPÖ)
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.11.2010
zur Regierungserklärung des Herrn Bürgermeisters
**betreffend Wahlrechtsreform und mehr Partizipation und Mitbestimmung in
Wien**

B E G R Ü N D U N G

Das Wahlrecht in Wien sowie die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen sollen weiter verbessert werden. Dazu gehören unter anderem ein modernes Verhältniswahlrecht, eine Reform der Briefwahl und die Ermöglichung der demokratischen Mitbestimmung eines möglichst großen Teils der Bevölkerung.

Die unterzeichnenden Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Reform des Wiener Wahlrechts und den Ausbau von Partizipation und Mitbestimmung in Wien aus. Die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen sowie die parlamentarischen Kontrollinstrumentarien sollen verbessert werden.

- Ziel ist die Schaffung eines modernen Verhältniswahlrechts.
- Die Briefwahl muss das direkte und geheime Wahlrecht sicherstellen sowie Manipulation und Missbrauch ausschließen.
- Ziel ist es, das Wahlrecht für in Wien hauptwohnsitzgemeldete EU-BürgerInnen auf Gemeinderatsebene, für Drittstaatsangehörige (nach noch festzulegender Aufenthaltsdauer) auf Gemeinderats- und Bezirksebene zu erreichen. Die Wiener Stadtregierung möge sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine bundesverfassungsgesetzliche Änderung einsetzen.

Zur Konkretisierung der beschriebenen Vorhaben soll eine Arbeitsgruppe „Wahlrechtsreform“ unter Einbeziehung von ExpertInnen eingerichtet werden. Deren Arbeit soll im Jahr 2010 beginnen und mit der legislativen Umsetzung bis längstens Ende 2012 ihren Abschluss finden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 25.11.2010